

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

330
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 24. September 1927.

Rechnungsabschluss der Gemeinde für 1926. Heute gelangt der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1926 an die Mitglieder des Finanzausschusses zur Versendung. Es wird damit der Bestimmung der Verfassung entsprochen, wonach die Vorlage vor Ablauf des Monats September zu erfolgen hat. Das Verwaltungsjahr 1926 schliesst mit einem Gebarungsergebnis von S 15,340.612. Gegenüber dem seinerzeit angenommenen Defizit von 62.6 Millionen stellt sich das Gebarungsergebnis um rund 47 Millionen Schilling günstiger dar. Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass das Finanzministerium den Wiener Anteil an den gemeinsamen Steuern ^{um} 29.2 Millionen Schilling oder rund 33 Prozent zu niedrig veranschlagt hat. Die Gemeindesteuern selbst weisen einen um 13 Prozent höheren Ertrag auf. Statt 153.8 Millionen Schilling sind 173.8 Millionen Schilling eingegangen. Bei den einzelnen Steuern zeigen sich die folgenden Mehreinnahmen:

Realsteuern.....	38.9	Millionen	(plus	4.3	Millionen S)
Fürsorgeabgabe.....	68.9	"	"	2.9	" "
Lustbarkeitsabgabe.....	16.6	"	"	4.6	" "
Nahrungs- oder Genussm. Abg.	14.3	"	"	1.3	" "
Fremdenzimmerabgabe.....	5.2	"	"	1.7	" "
Wertzuwachsabgabe.....	8.-	"	"	2.-	" "
Flakabgabe.....	0.8	"	"	0.05	" "
Anzeigenabgabe.....	4.-	"	"	1.-	" "
Hauspersonalabgabe.....	2.8	"	"	0.3	" "
Kraftwagenabgabe.....	4.6	"	"	0.1	" "
Hundeabgabe.....	1.1	"	"	0.03	" "
Feuerversicherung.....	3.-	"	"	0.5	" "
Feilbietungsabgabe.....	0.4	"	"	-.-	" "
Konzessionsabgabe.....	1.1	"	"	0.9	" "
Verwaltungsabgaben und Beiträge zu den Kosten des Strafverfahrens.....	0.79	"	"	0.28	" "
Wasserkraftabgabe.....	3.2	"	"	-.-	" "

Die Gesamteinnahmen betragen S 434,309.036 gegenüber präliminierten S 374,598.310. Die Gesamtausgaben haben im Jahre 1926 die Höhe von S 449,649.648 erreicht und übersteigen den Voranschlag um 12.3 Millionen Schilling.

Der Personalaufwand erforderte S 147,089.053. Die Mehrausgabe von 3.2 Millionen Schilling ist durch die Zuwendung des halben Monatsgehältes und Festsetzung des Mindestgehältes mit S 170.- begründet.

In der Gruppe Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen zeigen die laufenden Ausgaben durchwegs eine Steigerung. So erforderten die Erhaltungsbeiträge und Mietzinsaushilfen statt 6.7 Millionen Schilling um 50 Prozent mehr, nämlich 9.9 Millionen Schilling. Eben so sind die einmaligen Geld- und Sachaushilfen durch die Fürsorgeinstitute von 1,140.000 Schilling auf 1,579.000 Schilling, die Geld- und Sachaushilfen durch den Magistrat von 150.000 Schilling auf 254.000 Schilling gestiegen. Die gleiche Erscheinung ist bei den Aushilfen und laufenden Unterstützungen für Kinder und Jugendliche zu verzeichnen. Die Pflegebeiträge machen statt 3.8 Millionen Schilling rund 4.9 Millionen Schilling aus. Die Kosten der Schülerspeisung in den Schulen sind von 1.8 Millionen Schilling auf 2.6 Millionen Schilling gestiegen. Darin drückt sich die langdauernde Arbeitslosigkeit und die mit ihr verbundene Verelendung der breiten Massen aus. Der Beitrag der Gemeinde Wien zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung selbst hat eine volle Verdoppelung erfahren. 4.8 Millionen Schilling mussten statt der vorgesehenen 2.4 Millionen Schilling aufgewendet werden. Darüber hinaus aber haben, wie beispielsweise dargetan, auch alle Rubriken der Fürsorge sehr erhöhte Inanspruchnahmen zu verzeichnen. Hingegen tragen die Minderausgaben in dieser Gruppe lediglich vorübergehenden Charakter und bedeuten keineswegs wirkliche Ersparnisse. So gelangte eine Post von 1,100.000 Schilling für den Bau des neuen Kinderheimes "Am Tivoli" nicht zur Ausgabe. Es ist dies darauf zurückzuführen, dass es der Gemeinde möglich wurde, mit einem allerdings grösseren Aufwand das Schloss Wilhelminenberg zu erwerben, das demnächst als Kinderheim zur Eröffnung kommt. Die bei der Errichtung von Kindergärten und Horten sich ergebenden Minderaufwendungen von 1.7 Millionen Schilling sind lediglich darin begründet, dass die betreffenden Wohnhausbauten im Verwaltungsjahr

1926 nicht überall so weit geführt werden konnten, als dies bei Aufstellung des Voranschlages angenommen worden war. Dafür ergibt sich eben die dementsprechende Mehrausgabe im heurigen Jahr.

An der Spitze der Investitionen steht auch diesmal der Wohnhaus- und Siedlungsbau. Die gewaltige Summe von 116.891.881 Schilling ist dafür aufgewendet worden. Gegenüber dem Voranschlag von 96.2 Millionen Schilling ergibt sich eine Ausdehnung der Bautätigkeit um 20.7 Millionen Schilling. Die städtische Wohnhäuserverwaltung weist nach, dass Ende 1926 in ihrer Verwaltung 26.559 Wohnungen und 1942 Geschäftslokale gestanden sind. Gegenüber Ende 1925 hat sich die Anzahl der Mietparteien mehr als verdoppelt.

In der Gruppe der technischen Angelegenheiten weisen Strassen-erhaltung und Strassenbau einen Mehraufwand von 1.4 Millionen Schilling auf. Insgesamt wurden für diese Zwecke 15,153.000 Schilling verausgabt.

Unter den Wirtschaftsangelegenheiten nehmen die Anschaffungen für das Schulwesen einen breiten Raum ein. Im Jahre 1926 wurden die städtischen öffentlichen Schulen von 127.324 Schulkindern, darunter 1902 tschechischen besucht. Der Gesamtaufwand für das Schulwesen beziffert sich mit 67,182.187 Schilling. Daraus ergibt sich, dass jedes einzelne Schulkind der Gemeinde mehr als 500 Schilling Kosten verursacht.

Aus dem Berichte der Feuerwehr ist zu ersehen, dass im abgelaufenen Verwaltungsjahr 3.045 Ausrückungen erfolgten. Davon waren 1190 Ausrückungen zu Bränden, 1454 zu Unglücksfällen und verschiedenen Hilfeleistungen, 194 infolge blinden Alarms. Auf Grund von Mystifikationen mussten 36 zwecklose Ausrückungen vollzogen werden. Der Tierrettungswagen wurde 171 Mal in Anspruch genommen.

Die grossen städtischen Unternehmungen haben bis zum 31. Oktober 1926 von den Bundesbehörden noch keine rechtskräftige Bemessung der Körperschaftsteuer für die Zeit ^{von dem} 1. Jänner 1925 erhalten. Die Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen waren daher nicht in der Lage die Gelderöffnungsbilanz vorzulegen und es muss von einer Veröffentlichung der Gewinn- und Verlustrechnung in diesem Rechnungsabschluss Abstand genommen werden. Da aber das Gebarungsergebnis dieser drei Unternehmungen ohnehin nicht in die Kassen der Gemeinde fliesst, wurde die Fertigstellung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien dadurch nicht weiter behindert. Das Brauhaus zeigt einen Gebarungsergebnisüberschuss von 494.000 Schilling, die städtischen Anklüngerunternehmung "Gewista" einen solchen von 112.000 Schilling. Die Leichenbestattung schliesst mit dem kleinen Ueberschuss von 2.249 Schilling.

Dem Rechnungsabschluss sind 60 Sonderrechnungsabschlüsse der einzelnen Betriebe und neun Ausweise beigegeben. Einer davon fasst alle Ausgaben der Hoheitsverwaltung für Investitionen und Inventaranschaffungen zusammen. Ohne Berücksichtigung der Investitionen der städtischen Unternehmungen wurde für diese Zwecke die gewaltige Summe von 144,000,000 Schilling aufgewendet. So hat die Gemeinde auch im Jahre 1926 in ausserordentlich wirksamer Weise die Arbeitslosigkeit bekämpft.

Mit der Beratung des Rechnungsabschlusses wird im Finanzausschusse bald begonnen werden, um noch vor der Inangriffnahme des Budgets 1928 die Verabschiedung durchführen zu können.

Die Bücher aus den Schülerladen der Mittelschulen. Der Stadtschulrat für Wien verlautbart: In einem längeren Aufsatz der "Reichspost" vom 24. September wird behauptet, dass der Stadtschulrat an die Direktionen der Mittel- und Handelsschulen einen Erlass herausgegeben habe, worin der Stadtschulrat darauf aufmerksam macht, dass Bücher aus der Schülerlade nur an bedürftige Schüler gegen Vorweisung des amtlich ausgefertigten Armutszugnisses auszufolgen seien. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, dass ein derartiger Erlass des Stadtschulrates nicht existiert und die Meldung glatt erfunden ist.